



AfD: Schrottidee für Deutschland!

Die AfD Baden-Württemberg behauptet, Bundeskanzlerin Angela Merkel locke „Hunderte Millionen Armutsflüchtlinge nach Deutschland.“ (AfD Wahlprogramm BaWü, S. 19).

AfD-Vizechef Alexander Gauland fordert im Zeitmagazin: „Wir müssen die Grenzen dicht machen und dann die grausamen Bilder aushalten“. Man könne sich nicht von Kinderaugen erpressen lassen. Danach vergleicht er Schutzsuchende mit einem Wasserrohrbruch. Den würde man auch abdichten.

Doch es geht schlimmer: Nachdem Frauke Petry vorgeschlagen hat, deutsche Grenzen notfalls mit „Schusswaffengebrauch“ gegen Flüchtlinge zu schützen legt AfD-Vizin Beatrix von Storch zunächst nach: Auch auf Frauen mit Kindern dürfe geschossen werden. Dann ruderte sie zurück – nicht auf Kinder, aber auf Frauen und Männer.

Wir rufen jede und jeden auf:

Bezieh Position, zeig Zivilcourage — egal wie dumm Dir die Sprüche Deiner Kollegen, Bekannten oder Familienmitglieder auch erscheinen mögen.

Nimm die Wahlerfolge der AfD ernst. In der Weimarer Republik haben viele geglaubt, der braune Spuk sei schnell vorbei. Wir wissen heute, wie hoch der Preis dieses Irrtums war. Und niemand kann mehr sagen, er habe es nicht gewusst.

Lasst uns gemeinsam aufstehen gegen Gewalt und Rassismus, für Solidarität und Menschenrechte!

Herausgeber:

Bundesvorstand der
IG Bauen-Agrar-Umwelt, VB IV
Sylvia Honsberg (V.i.S.d.P.),
Olof-Palme-Straße 19,
60439 Frankfurt am Main

April 2016

E-Mail an: frauen@igbau.de



Arsch hoch, Zähne auseinander!



Kein Platz für die AfD in unserem Land!



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir setzen uns miteinander ein für faire Arbeit und ein gutes Leben. Unsere Kinder sollen gleiche Chancen haben, egal ob sie Jungen oder Mädchen sind oder irgendwas dazwischen. Egal welche

Hautfarbe sie haben oder welcher Herkunft sie sind. Ob sie Männer oder Frauen lieben, spielt keine Rolle. Viel wichtiger ist, dass sie den Frieden lieben, welt-offen und solidarisch sind und sich für eine demokratische Gesellschaft engagieren.

Wir wollen eine lebenswerte Zukunft—weltweit, in Europa wie auch in Deutschland. Dieses Land ist unser Land. Und wir dürfen nicht schweigen, wenn die AfD lautstark und populistisch ihre Alternative für Deutschland propagiert.

Wissen die AfD-Wähler wirklich, wofür diese Partei steht?

Die AfD ist nicht nur fremdenfeindlich, sie ist auch frauenfeindlich, arbeitnehmerfeindlich, demokratiefeindlich und asozial. Mit ihrer Steuerpolitik will sie die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnen. Sie will den Kündigungsschutz abschaffen und die Unfallversicherung. Hartz IV Empfänger sollen zu einer sogenannten „Bürgerarbeit“ gezwungen werden.

Statt beruflicher Gleichstellung sollen Frauen mehr Kinder gebären und zurück an den Herd. Homosexuelle wollen sie zählen. Wofür??? Das Strafmündigkeitsalter will die AfD auf 12 Jahre senken.

Die AfD will die Energiewende beenden. Sie plädiert für Kernkraft und Braunkohle statt erneuerbarer Energien und leugnet die menschengemachte Erderwärmung.

Die AfD stellt klar: *“[...] Frauenquoten, Gleichstellungsbeauftragte und staatliche Propaganda für sexuelle Minderheiten lehnt die AfD rigoros ab.”* (Wahlprogramm BaWü, S.6). Zudem befürwortet die AfD eine Volkabstimmung zum Verbot von Abtreibungen, denn: *“Die deutsche Politik hat eine Eigenverantwortung, das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation sicherzustellen”,* so Frauke Petry im Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung. Sie will das *„Schrumpfen als deutsches Volk“* verhindern, indem Eltern drei Kinder bekommen.

“Wir sind gegen einen gesetzlich festgelegten allgemeinen Mindestlohn”, so AfD-Chefin Petry im Interview mit der Thüringischen Landeszeitung.

Die AfD in Sachsen-Anhalt will *„Lehrpläne überarbeiten“* und dass im Schulunterricht weniger über die Nazi-Zeit geredet wird: *„Eine einseitige Konzentration auf zwölf Unglücksjahre unserer Geschichte verstellt den Blick auf Jahrhunderte, in denen eine einzigartige Substanz an Kultur und staatlicher Ordnung aufgebaut wurde.“* (Wahlprogramm Sachsen-Anhalt, S.1)

In ihrem Programmentwurf schreibt die AfD unter Punkt VI *„Soziale Sicherheit“* Absatz 1 auf Seite 35: *„Wir wollen das Arbeitslosengeld I privatisieren.“* Jeder soll für sich selbst sorgen oder die jeweilige Familie.

